

**Geschäftsführung
Ausschuss für Wirtschaft,
Stadtentwicklung und
Stadtmarketing**

| | |
|-------------------|--|
| Es informiert Sie | Petra Paßmann |
| Telefon (0202) | 563 - 6697 |
| Fax (0202) | 563 - 8050 |
| E-Mail | petra.passmann@stadt.wuppertal.de |
| Datum | 10.10.07 |

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing (SI/5561/07) am 10.10.2007

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Jürgen Hardt ,

von der CDU-Fraktion

Herr Ralf Geisendörfer , Herr Horst Hombrecher , Herr Dirk Jaschinsky , Herr Michael Müller , Herr Bernhard Simon ,

von der SPD-Fraktion

Herr Manfred Guder , Herr Klaus Jürgen Reese , Herr Oliver Siegfried Wagner , Herr Oliver Zier ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Lorenz Bahr ,

von der FDP-Fraktion

Herr Jürgen Henke ,

von der WfW-Fraktion

Herr Detlef Schmitz ,

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Reinhard Granitzki ,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Hans-Joachim de Bruyn-Ouboter , Herr Heinz-Willi Riedesel-Küper , Herr Hugo Benten Sattler ,

von der Verwaltung

Herr OB Jung, Frau Ulricke Bayerlein (002), Frau Angelika Behr (400), Herr Ulrich Kronenberg (Büro OB), Herr Karl-Heinz Schmitz (R 101), Herr Michael Walde (R 101), Herr Klaus Zieglam (002),

als Gast

Herr Beierlorzer (BEA), Herr Georg-Eicke Dalchow (EHV),

Schriftführerin

Frau Petra Paßmann ,

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 17:25 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Arbeitsprogramm der BEA

Herr Beierlorzer stellt die Arbeitsschwerpunkte der Bergischen Entwicklungsagentur (BEA) ausführlich vor und erläutert die sich naturgemäß noch etwas abstrakt darstellenden Aufgaben und Ziele (siehe auch beigefügte Präsentation).

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Müller erläutert er, dass sich die touristischen Aktivitäten in einen „städtischen“ Raum – sicherlich mit den Highlights Schwebebahn und Zoo – und in einen „Frei“Raum u. A. mit der gedachten Belebung des Bereiches Müngsten – Burg gliedern werden.

Herr Stv. Henke sieht insbesondere in einer übergreifenden Radwegeverbindung Rhein – Ruhr großes touristisches Entwicklungspotenzial.

Mit Blick auf die Förderungsmöglichkeiten auch unternehmerischer Initiativen hält Herr Stv. Reese es für sinnvoll, in Verbindung mit der Wirtschaftsförderung gezielte Ansprachen zu installieren und institutionieren.

Für Herrn BM Bahr zeigt das Beispiel Rheinische Strecke die Bedeutung einer Akquirierung privater Initiative und privater Mittel.

Im Namen des Ausschusses begrüßt Herr Stv. Hardt das zu diesem frühen Zeitpunkt vorgestellte Arbeitsprogramm ausdrücklich und sagt eine entsprechende Unterstützung zu.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen Herrn Beierlorzers ohne Beschluss entgegen.

2 Förderprogramme des Landes "Stadtumbau West" und "Soziale Stadt"
Vorlage: VO/0801/07

Herr Stv. Hombrecher zeigt sich erfreut über die Umsetzung in konkrete Maßnahmen in den Bereichen Soziale Stadt und Stadtumbau West und hofft insbesondere auch auf eine Realisierung des „Zentrums für JungeKunstKultur“ (Haus der Jugend Barmen).

Der Sachstandsbericht zur Beantragung von Ziel 2-Fördermitteln für die oben genannten Gebietskulissen unter Berücksichtigung der Teilmaßnahme „Zentrum für JungeKunstKultur“ (Haus der Jugend) wird ohne Beschluss entgegen genommen.

3.1 Ausbildungsplatzbonus - Ausbildung als Vergabekriterium einführen
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.04.2007
Vorlage: VO/0322/07

Herr BM Bahr erinnert daran, dass in Wuppertal rund 2 000 Jugendliche dauerhaft ohne Ausbildungsplatz sind. Mit einem Ausbildungsplatzbonus als einem Baustein einer Gesamtstrategie hätte die Stadt ein Signal setzen können. Die Stellungnahme der Verwaltung bedauert er daher ausdrücklich.

Die Herren Stv. Reese, Stv. Henke, Stv. Hombrecher sowie Herr Riedesel-Küper bedauern die Gesamtsituation ebenfalls, sehen aber - wie auch die IHK, die Handwerkskammer, die ARGE und die Bundesanstalt für Arbeit - in einem Ausbildungsplatzbonus ein wenig geeignetes und bürokratisches Instrument, das die Ursachen dieser Entwicklung außer Acht lässt.

Herr Sattler informiert, dass in diesem Jahr 14,2 % mehr Ausbildungsverträge geschlossen wurden (Stand 30.09.07).

Dem Antrag wurde Folge geleistet, er gilt daher als erledigt.

3.2 Abschließende Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
Vorlage: VO/0608/07

Diskussion siehe TOP 3.1.

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

4 NKF-Haushalt im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing erläutern
Vorlage: VO/0794/07

Für ein besseres Verständnis des Doppelhaushaltes 2008/2009 - erstmals unter NKF-Bedingungen - hält es Herr BM Bahr für hilfreich, dass die Verwaltung dem WiStEM frühzeitig die Systematik – dies bezogen auf die dem Gremium zuzuordnenden Ziele - erläutert.

Auch unter Hinweis auf die bereits stattgefundenen Informationsveranstaltungen der Verwaltung kann Herr Stv. Reese erst nach Vorliegen des Haushaltes - und den ggf. dann auftretenden konkreten Fragen - über den Antrag entscheiden. Er regt daher an, die Entscheidung bis zur Einbringung des Haushaltes in den Rat am 22.10.07 zurückzustellen.

Wie auch Herr Stv. Reese wird Herr Stv. Simon heute nicht im Sinne des Antrages entscheiden können.

Herr OB Jung weist darauf hin, dass die Verwaltung sicherlich Auskunft zu gezielten Fragen geben wird, ein umfassender genereller Vortrag in allen Gremien aber nicht praktikabel ist.

Herr BM Bahr zeigt sich enttäuscht, schließt sich aber dem Vertagungswunsch an.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 10.10.2007:

Eine Entscheidung wird auf die Sitzung des Rates der Stadt am 22.10.07 vertagt.

Einstimmigkeit

5 Einwohnerantrag "Mahnmal Scharpenacken" nach § 24 Gemeindeordnung (GO NRW)
Vorlage: VO/0729/07

Herr Stv. Hombrecher sieht in dem Antrag des RVDL den Versuch, das Vorhaben des Landes NRW unter Vorschub moralischer Interesse zu verhindern. Diese Verquickung planerischer Interessen mit nationalsozialistischen Gräueltaten empfindet er persönlich als empörend.

Herr Walde geht auf die Befürchtungen Herrn Stv. Henke hinsichtlich einer präjudizierenden Wirkung des Kaufvertrages ein und erläutert die entsprechende Textpassage sowie den derzeitigen Verfahrensstand.

Herr BM Bahr möchte den Bereich des Langwaffenschießstandes als Mahnmal gewürdigt wissen und plädiert für eine entsprechende Positionierung des fachlich zuständigen Ausschusses in Form einer Grundsatzerklärung.

Zum Thema Mahnmal weist Herr Walde darauf hin, dass diese Frage eingesteuert ist und die am Wettbewerb beteiligten Büros sowie das Preisgericht „begleitet“. Möglichkeiten einer entsprechend angemessenen Würdigung sollen einbezogen werden. Er stellt aber auch klar, dass schon bei Beschluss des Rates deutlich gewesen ist, dass nicht die gesamte Fläche des Langwaffenschießstandes erhalten bleibt.

Herr Riedesel-Küper fragt sich, aus welchen Gründen das Mahnmal nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt angeregt wurde.

Kritisch sieht er allerdings, dass sich der öffentliche Eindruck einer „Überplanung“ ohne ausreichende Informationen durch das Land bzw. die Stadt – zum Beispiel hinsichtlich der Alternativstandorte - verfestigt.

Da das Vorhaben zunächst auf der Ebene der Regionalplanung diskutiert und entschieden werden muss sieht Herr Walde derzeit keine seriöse Basis für weitergehende Beratungen. Entsprechende Diskussionen werden im Rahmen der für Dezember geplanten Bürgerbeteiligung zu führen sein.

Herr de Bruyn-Ouboter sieht den Denkmalschutz nicht als „Bremser“ des Verfahrens. Im Rahmen einer entsprechenden Interessenabwägung trägt er vielmehr zur Qualität des Vorhabens bei.

Die Herren Stv. Reese und Müller gehen davon aus, dass das Preisgericht das Thema „Mahnmal/angemessene Würdigung“ aufgreifen wird und stimmen der Vorschlag der Verwaltung vor diesem Hintergrund zu.

Herr Stv. Hombrecher ergänzt, dass es nach Kriegsende unter den hier internierten deutschen Kriegsgefangenen ebenfalls unschuldige Opfer gegeben hat und spricht sich dafür aus, auch diesen Fakt einzubeziehen.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 10.10.2007:

1. Der Stellungnahme der Verwaltung wird zugestimmt. Der Einwohneranregung wird hinsichtlich der Erhaltung des gesamten Langwaffenschießstandes als Denkmal, der naturschutzrechtlichen Unterschutzstellung und des vorgeschlagenen Antrags auf Einbringung in eine Bundesstiftung bzw. Übertragung auf das Land NRW nicht gefolgt.
2. Eine Entscheidung über die Festsetzung eines Mahnmals wird erst zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses für den zukünftigen Bebauungsplan vom Rat der Stadt zu treffen sein.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Antragsteller gemäß § 24 GO NRW über diese Stellungnahme zu unterrichten.

Stimmenmehrheit (bei einer Gegenstimme der Fraktion B 90/GRÜNE und einer Stimmenthaltung der WfW-Fraktion)

Hardt
Vorsitzender

Petra Paßmann
Schriftführerin